



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 26.09.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 01. Oktober 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Zu Punkt 2 der heutigen Tagesordnung tagt der Ausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.09.2013

2. 12-A-21-0001

Vorstellung des Projekts "Integrationsassistenten Wiesbaden"

ANLAGE

3. 13-V-12-0001

DL 30/13-2

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012

HIER: mdl. Bericht des Amtes

ANLAGE

4. 13-F-33-0082

Hinweisschilder für Polizeidienststellen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.09.2013 -

Im Innenstadtbereich gibt es an verschiedenen Stellen Wegweiser für Fußgänger, auf denen Sehenswürdigkeiten und Institutionen ausgeschildert sind. Ein Hinweis auf die nächste Polizeidienststelle, der in Gefahrensituationen eine große Hilfe wäre, fehlt jedoch meist.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. gibt es bereits Hinweisschilder auf die nächste Polizeidienststelle, wenn ja, wo?
2. wie viele dieser Hinweisschilder sind im Bereich der Innenstadt aufgestellt sind, wie viele davon im Bereich der Fußgängerzone.
3. wie hoch die Kosten jeweils wären, den fehlenden Hinweis zu ergänzen.
4. ob es für solche Maßnahmen einen Haushaltstitel gibt und - wenn ja - welcher Betrag aktuell verfügbar wäre.

5. 13-F-08-0075

Dienstbefreiung bei Demonstrationen gegen neonazistische Organisationen
- Antrag von Linke&Piraten vom 24.09.2013 -

In seiner Rede auf der Gegendemonstration eines breiten demokratischen Bündnisses anlässlich der Wahlkundgebung der NPD am 26.08.2013 kündigte Oberbürgermeister Sven Gerich an, zukünftig bei vergleichbaren Ereignissen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wiesbaden Dienstbefreiung zur Teilnahme an den Gegendemonstrationen anzubieten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration begrüßt diese Ankündigung des Oberbürgermeisters und unterstützt ihre Umsetzung.

Darüber hinaus regt der Ausschuss an, dass alle Unternehmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden diesem Beispiel folgen.

6. 13-F-33-0040

Projekt HaLT!
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

ANLAGE

7. 13-V-05-0008

DL 44/13-1, 43/13-1

Aufrechterhaltung der muslimischen Seelsorge in Wiesbaden

8. Bericht der Dezernentin

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schickel
Stellv. Vorsitzender